

Die Verwaltung wird gebeten,

zum frühesten möglichen Zeitpunkt nach der Sommersitzungspause

den Gemeinderat über den aktuellen Stand in Sachen Flüchtlingsfragen zu informieren.

Die zum Teil sich überschlagenden Nachrichten zum Thema in den letzten Wochen erfordern von Verwaltung und Gemeinderat engagiertes und zügiges gemeinsames Agieren und Erläuterung der Situation und Maßnahmen an die Tübinger Bevölkerung. Dies geht nur auf durch einen aktuellen und gemeinsamen Stand über alle relevanten Fakten und Pläne. So lässt sich auch die positive Haltung der Tübinger Bevölkerung aufrechterhalten. Fehlende Klarheit und daraus entstehende Gerüchte und Angst untergraben diese Bereitschaft. Zu den erforderlichen Informationen gehören u.a.:

Bezüglich der Situation im Kreis Tübingen und der Stadt Tübingen

- 1) Der Landkreis berichtet aktuell über die Notwendigkeit, bis zum Jahresende 2000 Plätze in der Erstunterbringung bereitzustellen, von denen etwa 1.250 geschaffen wären.
 - Wie viele Plätze davon bestehen in wie vielen Gebäuden auf Tübinger Markung?
 - Für wie viele Plätze hat die Stadt darüber hinaus dem Kreis Grundstücke zur Bebauung angeboten oder eine Nutzung von privaten oder öffentlichen Immobilien vermittelt, und in welchem Stand des Verfahrens befinden sich diese Projekte?
- 2) Wenn nach Hochrechnung des Landratsamts im Laufe des Jahres 2016 zusätzlich weitere 1000 Plätze für die Erstunterbringung erforderlich werden,
 - welche weiteren Flächen kann die Stadt zur Verfügung stellen, und welche weiteren Immobilien kann sie ggfs. vermitteln?
- 3) Inwieweit sieht die Stadt durch die politische Übereinkunft, Flüchtlinge ohne echte Bleibeperspektive insbesondere aus den Staaten des westlichen Balkan nicht mehr den Kreisen zur Erstunterbringung zuzuweisen, die Pläne für eine BEA in Tübingen tangiert?

Könnte ein Umschwenken der Planung auf eine LEA angesichts des zusätzlichen Bedarfs vernünftig sein; welche Änderungen der Planung wären erforderlich; wie beurteilt die Verwaltung einen solchen Vorschlag?

- 4) Wie werden die verbesserten Möglichkeiten der Sprachförderung, der Förderung der Arbeitsaufnahme und der Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen konkret umgesetzt, und welche Größenordnung haben diese Maßnahmen gegenwärtig, bezogen auf den Kreis insgesamt und die Stadt Tübingen speziell?

Spezifisch für die Stadt Tübingen ergeben sich folgende Fragen:

- 5) Welche Auswirkungen hat der Zuzug von Flüchtlingen auf das Bildungswesen in Tübingen? Ist es notwendig geworden, an einzelnen Grundschulstandorten (oder in anderen Bereichen) zusätzliche Klassen zu bilden? Wird es für notwendig oder für zweckmäßig gehalten, eine Art von internatio-

naler Vorbereitungsklasse der vollständigen Integration ins allgemeinbildende Schulwesen vorzuschalten?

- 6) Von welchem Zeitpunkt an rechnet die Stadt mit der Notwendigkeit, verstärkt Plätze für die Anschlussunterbringung vorhalten zu müssen, und welche Maßnahmen sind hierfür bereits vorbereitet?
- 7) Wie sieht die bereits aufgebaute oder angedachte klare **Organisationsstruktur für das „Projekt Flüchtlingshilfe“** bei der Stadt selbst aus (klare Ansprechstellen nach innen und außen) und

wie wird diese Struktur mit den bestehenden und entstehenden Freiwilligen-Organisationen und den Ansprechpartnern beim Kreis bzw. Land zu einer gemeinsamen Projektstruktur verbunden.
- 8) In welcher Form wird dies **baldmöglichst veröffentlicht**, sodass alle die Hilfe suchen, helfen möchten oder Fragen haben schnellstmöglich die richtigen Ansprechpartner finden.
- 9) **Welche Ressourcen (personell wie finanziell)** müssen im laufenden Haushaltsjahr bzw. in den kommenden beiden Jahren aus anderen Aufgaben umgelenkt oder zusätzlich aufgebaut werden?

Nach der bereits geplanten Vorinformation des Ältestenrates am 21. September, **bitten die Fraktionen um eine baldiges Gemeinderatssitzung**, in der über diese Fragen informiert und bei Bedarf auch ein Meinungsbild gewonnen werden kann. **Hierzu sollte der Integrationsbeirat eingeladen werden.**

Eine schnelle anschließende Bürgerinformation ist geboten.

Für die AL Grüne Fraktion : Christoph Joachim

Für die CDU-Fraktion: Rudi Hurlebaus

Für die SPD Fraktion: Dr. Martin Sökler

Für die Fraktion Tübinger Liste: Ernst Gumrich

Für die Linke-Fraktion (mit Vorbehalten zu Punkt 3): Gerlinde Strasdeit

Für die FDP-Fraktion: Dietmar Schöning

Markus Vogt

Jürgen Steinhilber